

Grosse Reform wird zum Reförmchen

Bundesrat wird nicht vergrössert, aber zusätzliche Staatssekretäre liegen noch drin

Von Thomas Lüthi, Bern

Silvia Schenker musste gestern im Nationalrat eine Niederlage verkraften. Es schade, meinte die Basler SP-Nationalrätin, dass der Bundesrat nicht von sieben auf neun Mitglieder erweitert werde. Geschlossen mit ihrer Fraktion stimmte Schenker für eine entsprechende Ständesinitiative des Kantons Tessin. Aber sie verfehlte das Ziel. Relativ knapp mit 92 zu 85 Stimmen lehnte die grosse Kammer die Ständesinitiative ab. Knapp war es schon in der vorbereitenden Kommission gewesen, die mit zwölf zu neun Stimmen bei drei Enthaltungen das Begehren aus dem Tessin bachab geschickt hatte. Vielleicht habe es an der Präsenz im Plenum gefehlt, mutmasst Schenker. So genau weiss sie es nicht.

Den Bundesrat mit zwei Mitgliedern aufzustocken, war ein zentraler Punkt in der Staatsleitungsreform, die das Parlament schon seit vielen Jahren beschäftigt. Aber alle entscheidenden Reformschritte sind bisher gescheitert. Schon 1996 lehnte das Volk es mit 60,6 Prozent der Stimmen ab, dass der

Bundesrat bis zu zehn Staatssekretäre einsetzen könne. Er wollte sich dadurch entlasten. Acht Jahre später, 2004, wies das Parlament eine Vorlage des Bundesrates für eine «Zwei-Kreise-Regierung» zurück mit dem Auftrag, andere Vorschläge vorzulegen. Dieses Modell sah vor, den Bundesrat mit «delegierten Ministern» zu ergänzen. Die Landesregierung hätte in einem engeren Kreis die politische Gesamtverantwortung getragen. Den Ministern wäre in einem «äusseren Kreis» politische Mitverantwortung übertragen worden.

Staatssekretäre übrig geblieben

Noch nicht vom Tisch sind die Staatssekretäre. Der Bundesrat möchte weitere Staatssekretäre einsetzen. Sie sollen klar definierte Aufgaben übernehmen und die Bundesräte in der Zusammenarbeit mit dem Parlament und in aussenpolitischen Geschäften vertreten. Der Ständerat sprach sich im Juni für mehr Staatssekretäre aus. Der Nationalrat war in der Frühlingsession dagegen. Umstritten ist vor allem, ob diese hohen Bundesbeamten die Mit-

glieder der Landesregierung im Verkehr mit den eidgenössischen Räten vertreten sollen. Viele Parlamentarier möchten in Kommissionssitzungen direkt mit dem «Chef» sprechen, nicht mit dessen «Stellvertreter». Die Kommission des Nationalrates hat sich darum mit zwölf zu drei Stimmen dafür ausgesprochen, dass die Staatssekretäre in Angelegenheiten mit dem Ausland eingesetzt werden sollen. Der Nationalrat wird morgen darüber beraten.

Die zusätzlichen Bundesräte indes dürften endgültig vom Tisch sein. Der Nationalrat lehnte die Aufstockung gestern mit 96 zu 76 Stimmen ab. Dagegen waren SVP, FDP, Grünliberale und eine Mehrheit der CVP. Der Leidensdruck bei Parlament und Bundesrat sei zu klein, um diese Reform durchzubringen, sagte Gerhard Pfister (CVP, ZG). Isabelle Chassot (FDP, VD) sprach sich für kleinere Reformschritte aus. Der Bundesrat müsse entlastet werden, etwa durch zusätzliche Staatssekretäre. Ausserdem sollte das Parlament keine Regierungsreform beschliessen, ohne dass der Bundesrat ihr zustimme. SP, Grüne und

BDP setzten sich für neun Mitglieder ein. Es könne nicht sein, sagte BDP-Präsident Martin Landolt (GL), dass die Schweiz mit einer Regierungsstruktur von 1848 auf die kommenden Herausforderungen reagieren wolle.

Nur für ein Jahr Präsident

Balthasar Glättli (Grüne, ZH) pries die Vorzüge eines neunköpfigen Bundesrates in einem Vergleich mit der Zürcher Stadtregierung. Er habe als Stadtzürcher Parlamentarier damit gute Erfahrungen gemacht. Nur vorgehoben und wenig weitsichtig sei die Behauptung, sagte die Solothurner SP-Vertreterin Bea Heim, wonach ein Bundesrat mit neun Mitgliedern schwerfällig würde. Das Volk wolle Reformen.

Noch deutlicher mit 113 zu 67 Stimmen lehnte der Rat es ab, die Dauer des Bundesratspräsidiums von heute einem auf zwei Jahre zu verlängern. Für diesen Vorschlag waren nur FDP, Grüne und die CVP. Schon die Kommission war mit 14 zu 8 Stimmen gegen das zweijährige Präsidium gewesen.

Kommentar Seite 2

Debattiert wird nur ein Zeitpunkt

Gegen rückwirkende Anfragen

Bern. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK) hat sich gegen rückwirkende Gruppenanfragen ausgesprochen. Sie empfiehlt dem Nationalrat, sich beim Steueramtshilfegesetz dem Ständerat anzuschliessen und Gruppenanfragen in Amtshilfungsverfahren zuzulassen. Dies beschloss sie mit 18 zu 7 Stimmen, wie WAK-Präsident Christophe Darbellay gestern am späten Abend sagte. Die Kommission verzichtete darauf, einen Zeitpunkt ins Gesetz zu schreiben, ab wann Gruppenanfragen zugelassen sein sollen. Damit wären Gruppenanfragen ab Inkrafttreten des Gesetzes zugelassen, voraussichtlich ab dem 1. Januar 2013.

Laut Darbellay sprach sich auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gegen einen früheren Zeitpunkt aus. Widmer-Schlumpf hatte in einem Bericht zuhanden der Kommission drei mögliche Zeitpunkte genannt, darunter zwei frühere.

Der Nationalrat wird sich nicht mit den drei möglichen Zeitpunkten befassen: Ein entsprechender Antrag liegt für die Debatte morgen Mittwoch laut Darbellay nicht vor. SDA

Fleissige Bienen als Symbol für zehn Jahre UNO-Beitritt der Schweiz



Genf/New York. Die Schweiz hat gestern ihren zehnten Jahrestag in der UNO gefeiert. Am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York gab sie einen Empfang mit alt Bundesrat Joseph Deiss als Ehrengast. Deiss war als Aussenminister auch am 10. September 2002 dabei, als vor dem UNO-Hauptquartier zum ersten Mal die Schweizer Fahne wehte. Er behalte diesen Moment als einen Höhepunkt seines Lebens in Erinnerung, sagte Deiss.

Zum Empfang in New York lud die Schweiz rund tausend Gäste, darunter die Botschafter aller 193 UNO-Mitgliedsstaaten.

In Genf begingen Bundesrat Didier Burkhalter und UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon das Jubiläum. Die Schweiz hat sich zwei Prioritäten gesetzt für ihre Präsenz in der UNO in den kommenden Jahren: Die Sicherheit für die Menschen sowie die Reform der UNO, sagte Burkhalter vor einem grossen Publikum an der Universität Genf.

Aus Anlass der zehn Jahre Schweizer UNO-Mitgliedschaft hat die Schweiz der UNO ein Geschenk gemacht: Didier Burkhalter (auf dem Foto rechts) und Ban Ki-Moon weihten gestern im Park des Palais des Nations zehn Bienenhäuschen ein.

Auf jedem Häuschen steht ein Begriff der Schweizer Aussenpolitik, wie beispielsweise «Frieden», «Menschenrechte» und «Umwelt». SDA Foto Keystone

Die Schweiz ist seit einem Jahrzehnt Mitglied der UNO

Einfluss in der Weltgemeinschaft

Von Elisabeth Schneider-Schneiter *

Vor zehn Jahren ist die Schweiz als 190. Staat nach Tuvalu und vor Osttimor, Montenegro und dem Südsudan der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) beigetreten. Was hat uns der Beitritt der Schweiz zur UNO gebracht? Was bringt uns eine Mitgliedschaft in dieser universalen politischen Organisation, in welcher fast alle Bereiche der globalen Zusammenarbeit zu finden sind?

Die UNO wurde 1945 in der Endphase des Zweiten Weltkrieges gegründet mit dem Ziel, künftig Frieden und Sicherheit in der Welt zu gewährleisten. Die UNO ist keine Weltregierung, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss selbstständiger und autonomer Staaten. Die aussenpolitischen Ziele der Schweiz, wie sie die Bundesverfassung fordert, sind praktisch identisch mit den in der UNO-Charta festgelegten Zielen: Linderung von Not und Armut, Achtung der Menschenrechte, Förderung der Demokratie, friedliches Zusammenleben der Völker und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

So wissen wir, dass es auch für die Schweiz gut ist, wenn Konflikte in fremden Ländern geschlichtet werden können. Wir wissen, dass eine funktionierende Weltwirtschaft mit weniger Entwicklungsgefälle wichtig ist für die Erschliessung von neuen Märkten, und wir wissen, dass die Migrationsprobleme längst nicht einfach von uns alleine und isoliert angegangen werden können. Als UNO-Mitgliedsstaat kann die Schweiz dort Einfluss nehmen und mitentscheiden, wo die international relevanten Entscheide getroffen werden. Sie kann ihre Interessen und Anliegen aktiv einbringen und vertreten und ihre Verantwortung bei der Lösung gemeinsamer Probleme wahrnehmen. Obwohl es um Grundwerte geht, ist die UNO kein Ort für Idealisten, sondern namentlich auch eine Verhandlungsplattform harter Interessenpolitik.

Respekt verschafft

Die Schweiz hat ein Interesse wie auch eine Verantwortung, bei der Suche nach Lösungen aktiv ihren Beitrag zu leisten. Aus dieser Perspektive fällt die

Bilanz nach zehn Jahren UNO klar positiv aus: Souveränität und internationale Anerkennung der Schweiz wurden durch die Mitgliedschaft gestärkt. Die Schweiz hat als neutraler Staat in der UNO ihren eigenständigen Charakter bewahrt und sie hat die Mitgliedschaft konsequent für ihre Anliegen und Überzeugungen genutzt und sich als initiatives, selbstbewusstes und solidarisches

Die Schweiz hat als neutraler Staat der UNO ihren eigenständigen Charakter bewahrt.

Mitglied Respekt verschafft. Die Wahl von alt Bundesrat Joseph Deiss zum Präsidenten der UNO-Generalversammlung für die Jahre 2010/2011 unterstreicht, dass die Schweiz einen starken Platz innerhalb der UNO besetzen kann und will. Diese Wahl zeugt ebenso von der Anerkennung des Schweizer Engagements durch die Vereinten Nationen wie der Umstand, dass Schweizerinnen und

Schweizer als UNO-Mitarbeitende oder unabhängige Experten in der UNO wichtige Posten besetzen. Vielleicht mag die Politik der UNO oftmals mut- und kraftlos erscheinen. Halten wir uns aber vor Augen, dass es sich um eine gemeinsame Politik von nicht weniger als 193 Staaten handelt. Deren grösster gemeinsamer Nenner ist vielleicht immer noch klein, aber es ist der gemeinsame Nenner der Weltgemeinschaft.

Zwei klare Prioritäten

In den kommenden Jahren verfolgt die Schweizer UNO-Politik zwei klare Prioritäten: institutionelle Reformen und Sicherheit. Das System UNO muss und kann effizienter werden. Typisch schweizerisch setzen wir uns für einen möglichst sparsamen und wirkungsorientierten Umgang mit den Mitgliederbeiträgen ein. Vom Sicherheitsrat fordern wir, dass er transparenter und demokratischer arbeitet. Und in Sicherheitsfragen wollen wir den sogenannten weichen Ansatz der zivilen Friedensförderung, der Konfliktprävention und der Mediation stärken. Ausserdem strebt die neutrale Schweiz einen Sitz

im Sicherheitsrat an, dem mächtigsten UNO-Gremium. Eine Kandidatur für die Jahre 2023/24 wird vorbereitet. Dieser Schritt ist die konsequente und logische Fortsetzung unseres bisherigen Engagements.

Die Frage, was uns die Mitgliedschaft in der UNO gebracht hat, greift deshalb zu kurz. Denn die Leistungen der UNO hängen vor allem davon ab, was die Mitgliedsstaaten – und damit auch die Schweiz – zu leisten bereit sind. Ich ende mit einem Zitat unseres Aussenministers Didier Burkhalter: «Wir sollten nicht fragen, was die Organisation der Vereinten Nationen für die Schweiz tun kann, sondern was die Schweiz für die Organisation der Vereinten Nationen tun kann.»



* Elisabeth Schneider-Schneiter ist Nationalrätin CVP, BL, und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission.